

## Leipziger Friedensgebet abgewürgt

In Berlin-Brandenburger Kirchenkreisen wurde bereits die Information erhandelt, daß der Staat die Dresdner Kirchenleitung aufgefordert habe, das Friedensgebet einzustellen, wenn sie im nächsten Jahr in Leipzig einen Kirchentag abhalten wolle. Natürlich will niemand von den Dresdner und Leipziger Kirchenoberen zugeben, daß aus diesem Grunde in den letzten Wochen gegen das Friedensgebet vorgegangen wird.

Eine Woche vor der Wiederaufnahme der Friedensgebete nach der Sommerpause ging den Leipziger Basisgruppen eine kurze Nachricht zu. Auf Beschluß des Gemeindegemeinderates der Nikolaikirche sollen die Andachten in Zukunft nicht mehr von den Gruppen, sondern von der Nikolaigemeinde gemacht werden.

Tatsächlich wurde das erste Friedensgebet nach der Sommerpause von Pfarrer Führer gemacht. Vertreter der Leipziger Basisgruppen saßen dabei und wollten zum Schluß der Andacht ein Gespräch durchführen. Pfarrer Führer weigerte sich. Auf sein Zeichen hin begann die Orgel zu spielen und übertönte das weitere. Als ein Mitglied der Gruppen die Orgel ausgeschaltet hatte, waren die Besucher leider schon im Gehen, und es kam nur zu einer wechselseitigen Beschimpfung.

Am Donnerstag darauf kam es dann im Leipziger Stadtjugendpfarramt zu einem Gespräch zwischen Basisgruppenvertretern und Jugendpfarrer Kaden. Nach einem Anruf erschienen auch Pfarrer Führer und Superintendent Magyrius. Magyrius behauptete, es habe weder von staatlicher noch von kirchlicher Seite Druck gegeben. Vielmehr sei die Entscheidung "seiner Verantwortung vor Gott" gewesen (ziemlich alte Ausrede, auch die russischen Zaren und Kaiser Wilhelm behaupteten ja, daß sie allein vor Gott und nicht vor ihrem Volk verantwortlich seien. D.Red.). Im übrigen hieß es, die Gruppen seien über das Ziel hinausgeschossen und ließen christliche Verantwortung fehlen. Es seien zuviel Ausreiser bei den Andachten anwesend. Besonders wurde den Basisgruppen eine Kollektensammlung für einen Graffiti-Schreiber angekreidet ("Gorbatschow" u.ä.), der insgesamt etwa 6.000,-M Ordnungsstrafe bezahlen muß. Dieser sei kein Kirchenmitglied, und deshalb sei die Kollekte nicht legitim gewesen.

Im nächsten Friedensgebet verteilten die Basisgruppen einen Offenen Brief. In einer neueren Erklärung heißt es unter anderem:

"...Wir empfinden die Vorgänge um die Absetzung dieser kirchlichen Veranstaltung als skandalös; - zum einen, weil hier Entscheidungen von Leuten beeinflußt werden, die über das, was in der Kirche passiert, nichts zu befinden haben. Leute, die sowohl national, als auch international das Recht der freien Meinungsäußerung und das Recht der freien Religionsausübung als verwirklicht erklären, - zum anderen, weil die kirchlichen Vertreter die Verschleierung der tatsächlichen Sachverhalte mitbetreiben, indem sie ihr eigenes Reden und das Reden anderer nach politischer Gefälligkeit zensurieren.

Wenn diese Haltung in der Kirche zur Regel wird, sehen wir die Glaubwürdigkeit dieser Institution gefährdet. Wir sehen uns als Christen und als Leute, die die Wahrheit lieben, verpflichtet, hier zu protestieren. Wir rufen alle Verantwortlichen dazu auf, die wahren Hintergründe ihrer Entscheidungen offenzulegen und wenigstens in ihren Räumen das Recht der freien Meinungsäußerung aufrecht zu erhalten. Wir bitten um Solidarität aller, die so empfinden wie wir. Wir bitten alle jene, denen die Freiheit der Kirche und die Freiheit der Meinungsäußerung in diesem Land am Herzen liegt, sich zu Wort zu melden."